

Jürgen Vable

Über amtliche Beauftragte421

Abhandlungen

Alfred Scheidler

Digitalisierung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Bauleitplanverfahren423

Mit dem Digitalisierungsstärkungsgesetz, das am 7.7.2023 in Kraft getreten ist, wurde das formelle Verfahren zur Erstellung eines Bauleitplans (Flächennutzungsplan oder Bebauungsplan) grundlegend geändert. Das zentrale Element dieses Verfahrens ist die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß den §§ 3 bis 4a des Baugesetzbuchs (BauGB). Durch das Gesetz wurde dieses Verfahren nun in ein digitales Regelverfahren umgewandelt.

Der Beitrag erläutert die Bedeutung dieses Verfahrensabschnitts, insbesondere die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange und geht dabei auf die Änderungen durch das digitalisierte Verfahren ein. Angesprochen werden auch die Bedeutung des Verfahrens für die Sammlung des Abwägungsmaterials und die Information der Öffentlichkeit, die Beschleunigung durch das sog. Parallelverfahren sowie die Präklusion gem. § 4a Abs. 5 BauGB).

Wolfgang Mosbacher

Der Bericht aus Berlin – das zweite Gesetzesjahr der Ampel430

Der Berichtszeitraum erstreckt sich von August 2022 bis zum August 2023. Zwar gab es noch einige Gesetze mit Bezug zur Coronapandemie, aber deutlich weniger; Regelungen rund um den Bereich Energie gab es ebenfalls, diese recht spezielle Rechtsmaterie soll aber hier zurückgestellt werden. Die Schwerpunkte im öffentlich-rechtlichen Bereich lagen bei Gesetzen im Ausländer- und Asylrecht und den Gesetzen zur Wahl des Bundestages und des Europäischen Parlaments. Weitere Neuregelungen betrafen das Atomgesetz und das Hinweisgeberschutzgesetz, das mit Hilfe von über 40 Paragraphen den Schutz von sog. Whistleblowern verbessern soll.

Roland Staude

Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen.433

Die Koalitionsvereinbarung von 2022 gibt das Ziel vor, die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern und Fachkräfte sowie Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Die Rede ist von einer „Modernisierungsoffensive“.

Der Beitrag befasst sich mit den Herausforderungen für den öffentlichen Dienst, bisherigen Initiativen und Ansätzen zu einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes in den Bereichen Arbeitszeit, Besoldung/Alimentation und Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Karriere.

Thomas Barthel/Moritz Abraham

E-Payment als wichtiger Bestandteil des Onlineangebotes der Stadt Cuxhaven437

Ein entscheidender Baustein, der bei der Digitalisierung der Verwaltungen nicht unberücksichtigt bleiben darf, ist der des Bezahlens. Der Beitrag befasst sich daher mit einer Analyse der Bürgerbedürfnisse und Umsetzungsmöglichkeiten in diesem Bereich in der Stadt Cuxhaven, um die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu untersuchen. Grundlage ist eine Befragung der

möglichen Nutzer, eine Analyse der rechtlichen Vorgaben sowie eine Prüfung der Anforderungen aus Sicht der Verwaltung. Auf dieser Grundlage werden sodann Handlungsempfehlungen gegeben.

Marcel Raschke

Die „typische“ Baurechtsklausur446

Dieser Beitrag gibt Hinweise zur Prüfung und zum Grundlagenwissen im Baurecht. Es wird erläutert, welche Konstellation bzw. Prüfungsaufgabe in der Baurechtsklausur typischerweise vorliegen kann. Angesprochen werden u.a. die (versagte oder erteilte) Baugenehmigung als Prüfungsansatz für mögliche Ansprüche oder eventuell verletzte Nachbarrechte, ordnungsbehördliches Einschreiten (Nutzungsuntersagung, Stilllegungsverfügung, Beseitigungsverfügung), ordnungsbehördliche Untätigkeit (Nachbarschutz), Rechtmäßigkeit von Bauleitplänen, gemeindliches Einvernehmen und Sicherung der Bauleitplanung.

In diesem Rahmen werden hilfreiche Prüfungsschemata vorgestellt und inhaltliche Schwerpunkte erläutert.

Fallbearbeitungen

Matthias Wiener

Konsolidierungskurs auf Abwegen!450

Bei dieser Online-Fallbearbeitung aus dem Kommunalverfassungsrecht und der Öffentlichen Finanzwirtschaft Sachsen-Anhalt geht es u.a. um die (formelle) Rechtmäßigkeit von Ratsbeschlüssen sowie die materiell-rechtlichen Anforderungen an einzelne Beschlüsse des Rats.

Holger Weidemann

Der flinke Gewerbetreibende452

Gegenstand dieser Klausur aus dem Gewerberecht sind die rechtlichen Anforderungen an den Betrieb eines Maklergewerbes und die Möglichkeit einer Schließungsanordnung.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Anwärtergrundbezüge im Jahr 2023436

Splitter – Superwahljahr/Thüringen-Projekt445

Rechtsprechung

Hinweis in Rechtsbehelfsbelehrung auf Abfassung der Klage in deutscher Sprache

(BVerwG, Urteil vom 29.8.2018 – 1 C 6/18)455

Sachentscheidungsinteresse bei Antrag auf Erteilung einer Baugenehmigung

(VGH München, Beschluss vom 9.6.2022 – 2 ZB 22.498).....458

Erfassung der privaten Mobilfunknummer eines Arbeitnehmers durch Arbeitgeber

(LAG Thüringen, Urteil vom 16.5.2018 – 6 Sa 442/17).....459

Schrifttum

462

Die Schriftleitung